

AIDS

Doppeltes Stigma



Auf einer Veranstaltung im Luxemburger Centre Hospitalier diskutierten ExpertInnen über die Stigmatisierung von Aids. HIV-positive oder an Aids erkrankte "Sans Papiers" leiden unter einer doppelten Diskriminierung.

"Als mein Mann erkrankte, kamen alle, um uns anzuschauen. Sie beobachteten uns, als wir die Straße überquerten. Die Leute standen sogar Schlange, um uns zu sehen. Einmal schlug unser Nachbar sogar seinen kleinen Sohn, weil er zu uns gekommen war." Mit diesen Worten beschrieb eine HIV-positive Frau in Uganda, wie die Menschen in ihrer Umgebung reagierten, als ihr Mann an Aids erkrankte - und ein Beispiel dafür, wie sehr HIV-positive Menschen oder Aids-erkrankte Stigmatisierung und Diskriminierung ausgesetzt sind.

"Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV und Aids stellen eine Verletzung ihrer Menschenrechte dar." Mit diesen Worten hat die Un-aids, die Aids-Organisation der Vereinten Nationen, am Weltaidstag im vergangenen Dezember zum Kampf gegen die Stigmatisierung aufgerufen. Unter dem Motto "Combattre les stigmas du Sida" hat sich diese Woche auch die "Association Nationale des Infirmiers et Infirmières Luxembourgeois" (Anil) mit diesem Thema befasst. "Zahlreich sind diese und jene, die an Aids leiden; diejenigen, die nicht direkt an den Folgen der Krankheit sterben, werden fast genauso sicher durch die Stigmatisierung getötet, zitierte Castor Aguilera von der Anil am Montag im Centre Hospitalier den südafrikanischen Ex-Präsidenten Nelson Mandela. "Doch was bedeutet Stigmatisierung überhaupt?", fragte Aguilera.

Er versucht, selbst eine Antwort zu geben: Es ist vor allem die Ausgrenzung von der Gesellschaft, die Unterscheidung in "wir" und "jene". Aguilera führt aus: Stigmatisierung und Diskriminierung können sich innerhalb der Familie abspielen, aber auch innerhalb der gesamten Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen oder in religiösen Einrichtungen. Sie rekrutierten sich häufig aus schon bestehenden Ängsten und Vorurteilen gegenüber

Sexualität, Armut oder ethnischer Zugehörigkeit, erklärt Aguilera. Und sie seien ein Hindernis im Kampf gegen Aids, da sie die nötige Offenheit in der Auseinandersetzung mit der Epidemie verhindern. Nicht zuletzt wirkten sie sich negativ auf die ökonomische Situation der Betroffenen aus und marginalisierten diese.

Die Teilnehmerinnen des Symposiums im Centre Hospitalier waren sich weitgehend einig: HIV-positive Menschen sind oft einer weitaus komplexeren Diskriminierung ausgesetzt als andere kranke Menschen, so zum Beispiel, wenn ihnen Pflege verweigert wird oder sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Dabei hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 2001 in ihrem "Code of Practice" festgestellt, dass Arbeitende nicht aufgrund ihres HIV-Status diskriminiert werden dürfen.

Entmystifizierung statt Banalisierung

"Oft geht die Stigmatisierung von den HIV-positiven Menschen selbst aus", sagt Henri Goedertz von der Aidsberodung des Roten Kreuzes in Luxemburg. Aus Angst scheuten sie eine offene Auseinandersetzung und verdrängten HIV, denn von Seiten der Gesellschaft wird den Betroffenen eine viel größere Schuld an der Infektion zugewiesen als bei anderen Erkrankungen wie zum Beispiel Malaria.

Eng mit HIV verknüpft sind die Bereiche Sexualität und Tod. Auch sie seien in nahezu jeder Gesellschaft mit einem Tabu belegt, erklärt Goedertz. Von zentraler Bedeutung sei es deshalb - darin sind sich die ExpertInnen bei der Anil-Konferenz einig -, den Kreis von Stigma, Ablehnung und Verdrängung zu durchbrechen und Aids zu entmystifizieren.

Entmystifizierung ist aber nicht gleich Banalisierung von Aids: Eine solche habe nämlich in der westlichen Welt mittlerweile stattgefunden, erklärt Goedertz gegenüber der wox. Nach dem "Schockzustand" in den 80er Jahren sei im vergangenen Jahrzehnt eine "Normalisierung" eingetreten, seit 1996 Kombinationstherapien den Ausbruch der Krankheit aufhalten konnten und seit man festgestellt habe, dass die Zahl der Erkrankungen doch nicht so hoch sei. Obwohl die Zahl der Neuinfektionen auch in Europa nicht geringer geworden ist, neigten viele zu einer Art geografischen Abgrenzung. Mehr als 90 Prozent der weltweit fast 40 Millionen HIV-Positiven

und an Aids Erkrankten leben in Entwicklungsländern, davon knapp 29 Millionen in Schwarzafrika. Das verleite dazu, dem Aids-Problem weniger Bedeutung beizumessen, solange nur "die anderen" betroffen sind.

Dass die "messages de prévention" auch in Luxemburg nicht immer bei jenen Menschen ankommen, die es am nötigsten haben, darauf weist Robert Hemmer hin, der Leiter der Abteilung für Infektionskrankheiten am Centre Hospitalier. Und er betont, dass gerade diejenigen benachteiligt seien, die von vornherein schon marginalisiert sind. Dazu gehört unter anderem die Gruppe der "Sans Papiers". Unter einer doppelten Ausgrenzung leiden vor allem HIV-Positive, die ohne Aufenthaltsgenehmigung im Land leben. Unter den etwa 440 HIV-Positiven in Luxemburg bilden sie nur eine kleine Gruppe.

Die "Sans Papiers" sind nicht zuletzt benachteiligt, was den Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten angeht. Die Angst, sich bei der Aidsberatungsstelle zu melden, sei oft auch mit der Angst verbunden, aus der Illegalität hervorzutreten und damit Gefahr zu laufen, abgeschoben zu werden, weiß Goedertz. Hinzu komme, so der Psychologe, dass die "illegalen" Immigranten oft aus Kulturkreisen kommen, in denen das Thema Aids noch viel stärker mit Tabus belegt ist. Dabei stehe auch ihnen aus humanitären Gründen das Recht auf eine medizinische Versorgung zu.

Antwort lässt auf sich warten

"Da sie keine Papiere haben und keine Arbeitserlaubnis besitzen, sind sie auch nicht krankenversichert", beschreibt Goedertz den Teufelskreis. Bis HIV-positive "Sans Papiers" sich aber erst einmal durchringen, sich in ärztliche Behandlung zu begeben, dauere es lange. Zwar bekommen sie nach Goedertz Worten aus humanitären Gründen eine befristete Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt, diese reiche jedoch nicht weit genug. "Sie sollen auch arbeiten dürfen. Dazu bedarf es zumindest einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung", fordert der Berater und verweist auf einen Brief des "comité de surveillance du sida" an das Gesundheits- und an das Justizministerium vor etwa einem Jahr, in dem eine dahin gehende Forderung gestellt wurde. Das Justizministerium ist für die Aufenthaltsgenehmigung und die Arbeitserlaubnis zuständig: Eine Antwort auf den Brief des Komitees blieb es bis heute schuldig.

"Sicher bedarf es strenger Kriterien, um einem Krankentourismus vorzubeugen", weiß Goedertz. Aber ohne legalen Status blieben die vom HIV-Virus betroffenen "Sans Papiers" weiter in einem prekären Zustand. Und sie bleiben mehrfach stigmatisiert: als "Illegale", als Mittellose und als HIV-Positive.

Stefan Kunzmann

Nach dem Streik: Arithmetik und Perspektiven

Am vergangenen Montag tagte der CFL-Verwaltungsrat. Bei dieser Gelegenheit informierte die Direktion ein weiteres Mal über den rückläufigen Trend im Gütertransport. Der Personentransport dagegen nehme regelmäßig zu, so das CFL-Kommuniqué weiter. Der Verwaltungsrat beschloss, "die Informationspolitik gegenüber den Eisenbahnern aktiv fortzusetzen", um das Verständnis für die Situation der CFL im EU-Kontext zu verbessern. Der Verwaltungsrat habe auch auf eine Beschleunigung der Arbeit am Strategiepapier gepocht.

Die EisenbahnerInnengewerkschaft FNCTFEL bedauert in ihrem Kommuniqué, dass erneut kein Strategiepapier vorgelegt wurde. Auch der Präsident des Verwaltungsrates habe gefunden, man warte schon viel zu lange darauf. Wie es weitergeht, soll ein Streikausschuss am kommenden Dienstag entscheiden.

Uneinigkeit gibt es bei der Berechnung der Streikbeteiligung. Die Gewerkschaft kommt auf 87 Prozent, wobei sie die Zahl der Streikenden im Verhältnis zur Zahl der Diensthabenden nimmt. Die Direktion dagegen kommt auf nur 49 Prozent, denn sie rechnet den Anteil der Streikenden an der Gesamtbelegschaft. Der Unterschied ist laut Gewerkschaft vor allem auf die zahlreichen, im Rahmen der Schichtarbeit gar nicht zum Dienst verpflichteten EisenbahnerInnen zurückzuführen. Die Direktion aber verweist darauf, dass zahlreiche Personen gezielt an jenem Tag Urlaub genommen hätten. Unklar bleibt jedoch, wer Urlaub genommen hat: Streikunwillige, die den Betrieb nicht schädigen wollten, solche, die Angst vor den Streikposten hatten oder Streikwillige, die Angst vor der Direktion hatten?

Aly Jaerling sorgt sich um die Buben

Der Noch-ADR-Abgeordnete Aly Jaerling lässt keine Gelegenheit aus, gegen die zaghafte Gleichberechtigungspolitik der Regierung zu wettern. Vor einigen Wochen erst, regte er sich über eine seines Erachtens männerfeindliche Ausstellung über Gewalt gegen Frauen auf, die auf Initiative des Frauenministeriums in der großen Halle des Luxemburger Bahnhofs aufgestellt worden war. Dieser Tage stieß ihm der zweite "Girl's Day" auf, dessen Ziel es ist, Schülerinnen mit einer oft männlich geprägten Berufswelt in Kontakt zu bringen. "Wat gouf dësen Dag fier d'Bouwe gemach?", fragt der Abgeordnete in einer parlamentarischen Anfrage an die Erziehungs- und die Familienministerinnen. Er sieht die Psyche der "männliche Kanner" in Gefahr, die sich in die Ecke gedrängt fühlen, da ihnen diese Art der staatlichen Unterstützung verwehrt sei. Der vom Cid-Femmes organisierte "Girl's Day" ist eine internationale Initiative, die ihren Ursprung vor 13 Jahren in den USA fand. Die am diesjährigen "Girl's Day" beteiligten Mädchen haben übrigens vorgeschlagen, einen ähnlichen Tag für Jungen zu veranstalten, um auch ihnen neue Berufsmöglichkeiten in so genannten Frauenberufen nahe zu bringen. Vielleicht erklärt sich Aly Jaerling ja im nächsten Jahr bereit, einer Jungendelegation die Vorzüge des Raumpflegerberufs am praktischen Beispiel in der Chamber vorzuführen.

Grethen contre les énergies renouvelables

Un nouveau pavé dans la mare que ce discours à l'occasion de la célébration du 75e anniversaire de la Cegedel, le soir du 15 mai, et diffusé à la presse dès l'après-midi. Après un bilan positif des premières étapes de la libéralisation, le ministre de l'économie examine la directive européenne en faveur de la production d'électricité de sources renouvelables. Celle-ci prévoit de faire passer la production luxembourgeoise de 2 pour cent à 5,7 pour cent en 2010. Selon Henri Grethen, les potentiels offerts par l'énergie éolienne, la biomasse et le solaire n'y suffiront pas, et il conclut: "... il faut se rendre à l'évidence que la réalisation de l'objectif préconisé par la Commission européenne ne se fera pas." Plus généralement, il explique que "les sources d'énergies renouvelables ne pourront pas, à terme, remplacer la production fiable et prévisible des centrales électriques classiques."